

die schiffliche verarbeitende Industrie fähig werden. Wenn man auch der Arbeit dieser Organisationen mit Zuvorsicht entgegenzusehen soll, so wird man die Auswirkungen auf unser Wirtschaftsleben, insbesondere in Sachsen, mit einer gewissen Vorsicht beurteilen müssen.

Diese vorsichtige Beurteilung wird man auch unserer gesamten wirtschaftlichen Lage für das kommende Jahr entgegenbringen müssen. Denn wir werden nicht mehr wie im vergangenen Jahr auf eine vom Auslande kommende Belebung unserer Wirtschaft rechnen können, vielmehr auf eigene Kapitalbildung angewiesen sein, die sich unter dem Druck der steuerlichen Belastung, ferner der Darlehenslasten und der die deutsche Konkurrenz erschwerenden nationalistischen Strömungen des Auslandes nur außerordentlich langsam wird vollziehen können.

Es wird daher immer wieder die Frage geprüft werden müssen, ob die auf dem Erwerbsleben ruhenden staatlichen Lasten in einem angemessenen Verhältnis zur Rentabilität unserer Volkswirtschaft stehen, so sehr auf der anderen Seite die Notwendigkeit ausgebehrter kultureller, politischer und sozialer Aufgaben eines modernen Staates im Interesse des Ganzen und unserer Weltgeltung anerkannt werden muß.

### Die Pariser Entwaffnungsverhandlungen.

Berlin, 18. Jan. In den Entwaffnungsverhandlungen in Paris erfahren die Blätter, daß von einem Abbruch oder von einer ungünstigen Situation keine Rede sein kann. Vor allem habe die Vorschläge entgegen anderen Meldungen keinen ablehnenden Bescheid gegeben.

### Zur Frage einer Volksabstimmung in Eupen und Malmédy.

Paris, 18. Jan. Wie die „Information“ aus Brüssel berichtet, ist in den Kreisen Eupen und Malmédy eine Bewegung zur Herbeiführung einer wirklichen Volksabstimmung im Gange. Die Regierung sei deshalb geneigt, demnächst eine offizielle Erklärung abzugeben, um auf diese Bewegung zu antworten. Man glaubt, die Regierung werde sich dahin aussprechen, daß die Frage endgültig geregelt sei und kein Grund vorliege, darauf zurückzukommen.

### Deutsch-französische Eidesleistung.

Brüssel, 18. Jan. Der neugewählte Senator, Bürgermeister von Heynatten (Eupen), Esser, leistete heute im Senat den Eid auf die Verfassung, und zwar in französischer und deutscher Sprache.

### Spionage in Ostpreußen.

Rönigsberg, 18. Jan. Uebermals hatten sich zwei polnische Agenten vor dem Gericht zu verantworten. Wegen Berrats militärischer Geheimnisse erhielt einer der Angeklagten drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, während der andere wegen Zuzuführung von Spionagebereiten Personen an die feindliche Spionagezentrale zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht wurde in beiden Fällen erkannt.

### Eine polnische Verordnung für Danzig.

Danzig, 18. Jan. Nach der „Danziger Eisenbahner-Zeitung“ hat das polnische Verkehrsministerium eine Verordnung für das Gebiet der Freien Stadt Danzig erlassen, wonach alle Bediensteten, die in Ausübung ihres Dienstes mit dem Publikum in Berührung kommen, insbesondere das Zugbegleitpersonal und die Stationshelfer, sowie die Bediensteten in der Fahrkartenausgabe bis zum 1. Januar 1928 über solche Kenntnisse in der polnischen Sprache verfügen müssen, daß sie sich mit dem Publikum mündlich verständigen können. Von allen übrigen Bediensteten wird der Nachweis solcher polnischen Sprachkenntnisse bis zum 1. Juli 1928 verlangt. Von einem Teil des Personals wird ferner bis zum 1. Januar 1929 die Fähigkeit zu schriftlicher Verständigung in der polnischen Sprache verlangt. Nach Ablauf dieser Fristen soll durch besondere Prüfung der Nachweis der verlangten polnischen Sprachkenntnisse erbracht werden.

### Ein Zugang Polens zum Meere.

Warschau, 18. Jan. Der Präsident des Organisationskomitees der paneuropäischen Bewegung in Polen, Alexander Lednicki, schreibt in einem in einigen Warschauer Blättern veröffentlichten Brief an den Grafen Coudenhove unter Bezugnahme auf Coudenhoves am 30. Dezember in der „Neuen Freien Presse“ erschienenen Artikels „Krieg oder Friede“, in dem auch die Korridorfrage behandelt wird, u. a.: Es sei in Polen geistiges Gemeingut, daß ohne Zugang zum Meere Polen nicht in der Lage sein werde, sich normal zu entwickeln. Dieser natürliche Ausgang könne aber nur die Weichselmündung sein. Ohne den Danziger Korridor könne Polen tatsächlich weder atmen, noch leben. Diesem Grundsatz polnischen politischen Denkens habe auch Minister Jaleski in seiner letzten Rede Ausdruck gegeben.

### Eine zweite Arbeitslosendemonstration in Paris.

Nach Blättermeldungen aus Paris haben sich gestern abend auch die arbeitslosen Metallarbeiter vor der Arbeiterbrücke zu einer großen Protestversammlung zusammengefunden, aus der die ungenügenden Notstandsmaßnahmen der Regierung und die niedrigen Unterstützungsätze kritisiert wurden. Nach Schluß der Versammlung versuchten etwa 2000 Mann nach dem Rathaus zu gehen, wurden aber daran durch ein starkes Polizeigebot gehindert. In den engen Straßen des Arbeiterviertels kam es mehrfach zu Tumulten.

## National — liberal — sozial

Das Programm der Volkspartei.

Der Reichstag der Deutschen Volkspartei veranfaltete Dienstag abend im Warmersaal des „Boo“ seine diesjährige Reichsgründungsfeier, zu der zahlreiche Parlamentarier und Parteifreunde aus Berlin und auch aus dem Reich erschienen waren. Die Festrede hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Der Redner sagte, die Nationalliberale Partei sei die Partei der Reichsgründung gewesen. Die Deutsche Volkspartei habe sich die Reichserhaltung zum Ziele gesetzt unter der Devise „nationalliberalsozial, das Vaterland über die Partei“. Partei darf nicht Selbstzweck sein. Die Deutsche Volkspartei sei nicht nur Erbin, sondern die Fortsetzung dieser Nationalliberalen Partei, die am 27. Februar in Hannover ihr 80jähriges Bestehen begehen werde. National und liberal, eines und das andere, und eines nicht ohne das andere. „Wer nicht liberal ist, gehört nicht zu uns.“ (Stürmischer Beifall.) Das Nationale werde sich durchsetzen, je weniger es mit dem Gedanken des Reaktionärs verbunden ist. Hindenburg sei ein hohes Vorbild der Verbindung vom alten zum neuen Staate. National sein heiße nicht, sich an Phrasen berauschen, sondern nützliche Tagesarbeit leisten. An die Parteien richtete Dr. Stresemann die Mahnung: „Hände weg von der deutschen Reichswehr!“ Die Reichswehr wird umso volkstümlicher sein, je mehr sie alle Teile des deutschen Volkes umfaßt. Wir wollen keine rechte und keine linke, sondern eine deutsche Reichswehr. (Stürmischer Beifall.) Der Minister widmete sodann dem Grenz- und Auslandsdeutschtum anerkennende Worte für seine zähe Ausbaubarbeit und die von ihm geleisteten Dienste am Deutschtum. Zum Schluß brachte der Minister unter dem Jubel der Versammlung das Hoch auf Volk und Reich aus.

### Der amerikanisch-mexikanische Erdölkonflikt.

Washington, 18. Jan. Der Führer der demokratischen Senatsgruppe Robinson hat eine Entschließung eingebracht, die sich für die schiedsgerichtliche Erledigung des Erdölkonfliktes mit Mexiko ausspricht. Robinson erklärte, die Entschließung werde von Senator Borah und von dem einflussreichen Mitglied des auswärtigen Ausschusses, dem demokratischen Senator Swanson, unterstützt.

### Eine russische Entgegnung auf Kelloggs Anschuldigungen gegen Sowjetrußland.

Moskau, 17. Jan. In einem Interview mit amerikanischen Berichterstattern widerlegte Titwinow die jüngsten Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg. Er betonte, diese Erklärungen seien die übliche Gepflogenheit kapitalistischer Staatsmänner, in nötigen Fällen ihre Handlungen durch Hinweise auf angebliche Mächenschaften der Sowjetregierung und der Komintern zu rechtfertigen. Die Sowjetregierung werde auch fernerhin bestrebt sein, mit sämtlichen amerikanischen Staaten ein loyales und auf Rechtsmischung beruhendes Verhältnis herzustellen. Sie könne die phantastischen Ausfälle Kelloggs, die dieses Bestreben erschweren, nur mit Bedauern aufnehmen.

### Die Kämpfe in Nicaragua.

Managua, 18. Jan. (Reuter.) 200 Mann, die zu den Streitkräften der Liberalen gehören und unter dem Befehl des Generals Zapata stehen, sind, nachdem sie kürzlich über die Grenze von Costarica gedrängt worden waren, wohlbewaffnet wieder in Nicaragua eingedrungen und bedrohen San Juan del Sur an der Küste des Stillen Ozeans. Hundert Aufständische wurden in einem Gefecht bei Tepetitlan erschlagen.

### Wie die amerikanischen Transporte nach Frankreich kamen.

#### Trotz der U-Boot-Sperre.

New York, 17. Januar. Als die Bewilligungsvorlage zum Bau neuer Schlachtkreuzer letzten im Kongreß verhandelt wurde, gab Admiral John Palligan jr. eine Erklärung darüber ab, weswegen die amerikanischen Truppentransporte während des Weltkrieges so regelmäßig den deutschen U-Booten entgehen konnten.

Die Alliierten hatten, um die Bewegung der deutschen U-Boote überwachern zu können, Radiokompass-Stationen an der Südküste von Irland, an der englischen und an der Westküste Frankreichs errichtet. Da die deutschen U-Boote, welche von der Erstreckung dieser Stationen keine Ahnung hatten, ihre Sendeanlagen häufig benutzten, um sich miteinander oder mit den deutschen Küstenempfängern zu unterhalten, ja, auch schmerzliche französische Stationen anfunkten, war es ein Leichtes, ihre Position festzustellen, da jedes Boot seine Meldung durch ein bestimmtes Kennwort auszeichnete. Auf diese Weise bekam das Marinehauptquartier in Vrest nicht nur ein ungefähres Bild über die Zahl der deutschen U-Boote, sondern auch über die Route, die sie innehielten.

Die U-Boote operierten in einem rechten Winkel, zwischen der französischen und spanischen Küste, offenbar in der Absicht, die sich überschneidenden Handelslinien nach Gibraltar und den Azoren in der Bucht von Biskaya zu kontrollieren. Dabei ließen sie stets eine Distanz von hund rt Meilen zwischen Westküste und spanischer Küste einhalten und eine gleich rechte Streife an der französischen Küste andererseits verlaufen. Durch dieses Kennwort über die Bewegungen der deutschen U-Boote war es der Admiralität in Vrest möglich, den Herdörern, welche die Transportschiffe 500 Meilen von der Küste entfernt trafen und das Signal „contact“ nach Vrest gaben, die Route zu bezeichnen, über welche sie den Transport ohne Gefährdung leiten konnten.

## Heidts Regierungserklärung.

Landtags-Sitzung vom 18. Januar.

Dresden, 18. Jan. Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr. Die Minister sind sämtlich anwesend. Nach der Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten erhält

Ministerpräsident Heidt

das Wort zur Regierungserklärung:

Nachdem ich am 11. Januar d. J. wieder zum Ministerpräsidenten berufen worden bin, habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt:

Zu meinem Stellvertreter und zum Minister des Innern den bisherigen Finanzminister Dr. Dehne, zum Finanzminister den Landtagsabgeordneten Weber, zum Wirtschaftsminister den Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm. Die Herren Minister Bänger, Eisner und Dr. Kaiser sind in ihren Ämtern verblieben. Sämtliche Minister haben der Reichs- und Landesverfassung den Eid der Treue geschworen.

(Den Inhalt der Regierungserklärung haben wir bereits gestern mitgeteilt. Wir beschränken uns daher auf die Wiedergabe wichtiger Punkte. D. Red.)

„Bei der Abgabe der letzten Regierungserklärung ist die Hoffnung ausgesprochen worden, daß es durch die gemeinschaftliche Arbeit aller der wirtschaftlichen Kreise, die in Mitgliedern des Kabinetts ihre Vertreter sehen, gelingen wird, die wirtschaftliche Not unseres Volkes, und vor allem der Vermittler unter ihnen, in sozialem Geiste soweit zu lindern, als es angesichts der gegenwärtigen Lage menschlichen Kräften überhaupt möglich ist. Danach hat die bisherige Regierung gehandelt. Es lag außerhalb des Bereichs menschlicher Kräfte, die Not unseres Volkes, die durch den verlorene Krieg heraufbeschworen worden ist, zu beheben. Noch heute leiden weite Schichten unseres Volkes unter großer Not, und

die Arbeitslosigkeit

lastet auf Sachsen schwerer als auf der Bevölkerung der anderen deutschen Länder. Die Regierung hofft, daß besonders auch durch den neuen Finanzausgleich die Erwerbslosenlasten so verteilt werden, daß mögliche Binderung der Not herbeigeführt wird. Das Wesentliche aber ist die Schaffung von Arbeit, also die Belebung des Arbeitsmarktes, sowohl durch staatliche Arbeitsbeschaffung als auch vor allem durch Förderung der privaten und öffentlichen Bautätigkeit. Es wäre daher zu begrüßen, wenn der beim Landtage schon vorliegende Antrag, die im Haushaltsplan vorgesehenen Staatsbauten beschleunigt zu beginnen und durchzuführen, Bewirkung findet. Die zum Teil schon in großem Umfang in Angriff genommenen Notstandsarbeiten werden von der Regierung weiter gefördert werden. Auch

das Wohnungsproblem

ist noch nicht gelöst. Die Regierung wird eine Aufstellung über den Umfang der Wohnungsnot in Sachsen vorlegen und andere Vorlagen einbringen, durch die eine Lösung des Problems angestrebt wird, nachdem sie bereits in anderen Ländern versucht worden ist. Sie wird auch die Novelle zum Allgemeinen Baugesetz, die im letzten Landtag nicht verabschiedet worden ist, erneut vorlegen.

Die Regierung wird der gesamten Wirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und dabei auch den Bestimmungen des Art. 164 der Reichsverfassung, wonach

der selbständige Mittelstand

in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesehgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Auffaugung zu schützen ist, angesichts der allseitig anerkannten Notlage dieser Kreise Beachtung schenken. Schließlich muß von den Wirtschaftspragen noch

die Aufwertungsfrage

aufmerksam von der Regierung verfolgt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Wirtschaft ein dringendes Interesse daran hat, daß in dieser Frage gesetzgebend bald Ruhe eintritt. Andererseits bedarf aber die Frage ernsthafter Prüfung, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Stadium der Durchführung der Aufwertungsbestimmungen noch möglich ist, daß hinsichtlich einiger Punkte im Interesse der Aufwertungsberechtigten Änderungen durchgeführt werden.“

Mit der Abgabe der Regierungserklärung ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag mittags 1 Uhr statt. Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung, kommunistischer Mißtrauens- und Auflösungsantrag.

### Ab 1. April Reichsmindestmiete?

Die Frage einer Mieterhöhung ab 1. April 1927. über die kürzlich in der Presse berichtet worden ist, wird nach einer Korrespondenzmeldung erst entschieden werden, wenn das letzte Ergebnis der Haushaltssteuer bekannt ist. Außerdem soll die Mietstetfestsetzung in Preußen und den anderen Ländern erst nach Vereinbarung mit dem Reich erfolgen. Nach dem Stand der diesbezüglichen Verhandlungen erscheint es, wie es in der Korrespondenzmeldung heißt, möglich, daß ab 1. April an die Stelle der Höchstmiete eine Mindestmiete tritt, die nicht unterschritten werden darf. Entschieden dürfte die Frage aber erst nach der Neubildung der Reichsregierung werden.

Zusammentritt der neuen Synode.

Die soden neu gewählte ev.-luth. Landesynode wird voraussichtlich am 31. Januar ihre Tagung beginnen.